

Fraktion im Gemeinderat der Stadt Ellwangen  
Berthold Weiß  
Haller Str. 70  
73479 Ellwangen  
07961.925874  
Berthold.Weiss@gmx.de



Ellwangen, 08. Dezember 2016

- Es gilt das gesprochene Wort -

## **Haushalt 2017 der Stadt Ellwangen**

### **Stellungnahme von Bündnis 90/Die Grünen**

#### **Jahrhundertprojekt Konversion**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Hilsenbek, liebe Frau Kämmerin Heidrich, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Haushaltsreden von Ihnen, Herr Oberbürgermeister, und Ihnen, Frau Heidrich, haben eines unmissverständlich deutlich gemacht: Die Konversion ist ein Projekt, welches die Kraft und die Unterstützung der ganzen Stadt und der vier Ortschaften benötigt. Und das nicht nur im kommenden Jahr 2017, sondern weit darüber hinaus. Dies bedeutet nicht nur, dass wir unsere künftigen Investitionen auf das absolut Notwendige beschränken müssen, sondern auch, dass wir bei unseren laufenden Ausgaben darauf achten, sie so gering wie möglich zu halten. Deshalb ist es gut, dass wir in den vergangenen Jahren in der Kernstadt und in den Ortschaften mit erheblichen Investitionen eine solide Infrastruktur geschaffen haben. Wir haben Kindergärten und Schulen saniert, Hallen ertüchtigt, die Feuerwehren gestärkt, insgesamt also die städtischen Anlagen für die Zukunft gut gerüstet.

Warum unsere Überschrift „Jahrhundertprojekt Konversion“? Es stimmt: Man weiß ja wirklich nicht, was noch alles auf einen zukommt. Aber Sie werden mir zustimmen, dass die Auflösung des Bundeswehrstandortes Ellwangen die Bürgerinnen und Bürger, dieses Gremium und die Stadtverwaltung beschäftigt wie seit Jahrzehnten kein anderes. Auslöser dieses Prozesses war ein Beschluss der CDU-geführten Bundesregierung, den bis heute noch niemand so richtig nachvollziehen kann. Der älteste Bundeswehrstandort in Baden-Württemberg wird unmittelbar nach erfolgter Sanierung mit über 40 Mio € Steuermitteln mir nichts, dir nichts aufgelöst. Man könnte nun sagen, dies stehe in der Kompetenz des Bundes und sei nicht zu kritisieren. Vielleicht. Aber zu kritisieren ist, dass uns die Bundesregierung, die noch immer CDU-geführt ist, meine Damen und Her-

ren, im Stich lässt wie keine andere föderale Ebene. Im Gegenteil: Wenn wir uns zähe Verhandlungen mit der BIMA in Erinnerung rufen, eine leidige Zaundiskussion im historischen Teil – der Bund behindert uns in unseren Bestrebungen mehr als jede andere Ebene.

## 1. EATA

Die Einrichtung der Europäischen Ausbildungs- und Transferakademie EATA ist zweifellos eine gewaltige Aufgabe für die Stadt. Wir hatten wie viele von Ihnen im vergangenen Jahr viele Fragen an die Stadt: Unsere betrafen weniger die Investitionskosten, denen ja ein ganz konkreter Gegenwert entgegensteht, sondern vor allem die Kosten des laufenden Betriebs. Wir sind der Auffassung, dass mit Einrichtung der gGmbH mit den Trägern Kolping Bildungswerk, Ostalbkreis und Stadt Ellwangen ein tragfähiges Konstrukt gefunden wurde, welches die Betriebskosten abfangen kann. Unser Dank gilt dem Ostalbkreis, der mit einem Betrag von 1 Mio € dafür sorgt, dass ein mögliches Defizit in den ersten 5 Jahren abgedeckt werden kann.

Ein großer Dank gilt aber auch dem Land Baden-Württemberg. Meine Damen und Herren, in diesem Gremium wird dem Land immer wieder vorgeworfen, es tue nichts für die Stadt, man nehme nur und gebe nichts. Mit einem Förderbescheid von weit über 9 Mio € hat das Land nun gezeigt, dass es die Stadt mit der Jahrhundertaufgabe Konversion nicht alleine lässt. Im Gegenteil: Die wenigsten von uns hatten mit einer Fördersumme in dieser Höhe gerechnet.

Unter diesen Vorzeichen ist es für unsere Fraktion gelinde gesagt sehr befremdlich, wenn der Gesamthaushalt der Stadt nur in einem Ortschaftsrat Zustimmung findet, von einem sogar abgelehnt wird – natürlich nicht, ohne den Investitionsplänen in den jeweils eigenen, aber offensichtlich auf keinen Fall den anderen Ortschaften zuzustimmen. Das klingt für uns schon sehr nach St. Florian, meine Damen und Herren. Wobei der Vergleich natürlich hinkt: Die Ortschaften sind nach unserem Verständnis ein elementarer Bestandteil unserer Großen Kreisstadt. Lassen Sie es uns mal positiv formulieren: Unsere gemeinsame Aufgabe ist es, die Stadt weiterzuentwickeln, sie zukunftsfähig zu machen, sie für die Herausforderungen der nächsten Jahre und Jahrzehnte fit zu machen. Und die große Aufgabe, die sich uns insgesamt in diesen Jahren stellt, ist, eine nachhaltige, sinnvolle Nutzung für die ehemalige Kaserne zu finden. Viele von uns haben sich an dem Konversionsentwicklungsprozess beteiligt. Sie wissen, wie schwierig es war, konkrete Ziele und konkrete Projekte dafür zu definieren. Bildung und Wirtschaftsförderung waren zwei der großen Themen, welche angepackt werden sollte. Wir alle, die Ortschaften und die Kernstadt, profitieren von grundsoliden Mittelständlern und Handwerksbetrieben. Da liegt es doch auf der Hand, mit der EATA einen Teil dazu beizutragen, den drohenden oder bereits bestehenden Fachkräftemangel abzufedern. Wir möchten auch nochmal daran erinnern: Es bestand große Einigkeit in diesem Gremium, dass wir bei der Frage der Nachnutzung der Kaserne das Heft des Handelns bei uns behalten müssen und dies nicht Investoren überlassen sollten, deren Ziele wir nicht beeinflussen können. Unser Appell an Sie ist deshalb, die Chancen, welche die EATA der Gesamtstadt bietet, zu ergreifen und sie nicht kleinzureden.

Und noch eines zur Konversion, meine Damen und Herren: Im nächsten Tagesordnungspunkt werden wir einen Bericht über die weitere Entwicklung der Landeserstauf-

nahmeeinrichtung von der Stadt erhalten. Unsere Fraktion ist froh, dass im Hungerbergteil der Kaserne mit der LEA eine zivile Nachnutzung entstanden ist, welche der Stadt keinen Cent gekostet, aber unserer Stadt zwei große Behördenstandorte und insgesamt 250 Arbeitsplätze gebracht hat. Wenn wir uns mit der Konversion im Bereich Mühlberg schon so schwer tun, sollten wir uns in den nächsten Monaten genau überlegen, ob nicht ein verlängerter Betrieb der LEA unsere Stadt davor schützt, sich mit einer weiteren Umwandlung finanziell und auch konzeptionell zu übernehmen. Die Konversion, wir betonen es nochmals, ist eine Jahrhundertaufgabe, welche nicht in einem Jahr und auch nicht in einem Jahrzehnt ihre endgültige Ausprägung gefunden haben muss.

## 2. Investitionen

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zu Beginn unserer Ausführungen haben wir darauf hingewiesen, dass wir unsere künftigen Investitionen ebenso auf das absolut Notwendige beschränken, wie wir unsere laufenden Ausgaben so gering wie möglich halten müssen.

Was heißt das nun konkret? Wir wollen das an drei Punkten festmachen:

- a. Investitionen auf das Notwendigste beschränken
- b. Einnahmeerzielung maximieren
- c. Laufende Ausgaben gering halten

### *a. Investitionen*

Lassen Sie uns bei den Investitionen beginnen. Eine Großinvestition, die in den Köpfen vieler seit Jahren, beinahe schon Jahrzehnten umherschwirrt, ist der Neubau einer Stadthalle, die eine Investition von sehr vielen Millionen erfordert und laufende Kosten im Hunderttausend € Bereich mit sich bringen wird. Und für die – trotz völlig unrealistischer Realisierungschancen – im nächsten Jahr eine Planungsrate von 150 T € eingestellt ist. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen uns von solchen Tagträumen verabschieden. Wir **beantragen**, die Planungsrate zu streichen und sie auch nicht in das nächste Jahr zu schieben. Dieser Ausgabeansatz ergibt überhaupt keinen Sinn.

Herr Oberbürgermeister, zum Thema „Grün statt Rot“ – Baseballfeld in der Kaserne und Kunstrasen beim Sportzentrum Waldstadion – reden Sie nicht Klartext, sondern Sie verschleiern die Fakten. In Ihrer Haushaltsrede machen Sie den Vereinen weitere Hoffnungen für die Jahre 2018 und 2019. Wie sollen denn die finanziellen Rahmenbedingungen in 1, 2 Jahren gestaltet sein, damit auch diese Millionen-Investition gestemmt werden kann? Bei einem Schuldenstand von über 41 Mio Ende 2017 und 54 Mio €, den wir nach Ihrer Planung bis Ende 2019 erreicht haben sollen, machen Sie den vielen Ehrenamtlichen weiter unbegründete Hoffnung? Sagen Sie den Leuten doch offen und ehrlich, dass wir im nächsten Frühjahr den Kunstrasenplatz im Hungerberg-Bereich in Betrieb nehmen werden und für mehr in den nächsten 5 – 10 Jahren keine Realisierungschance bestehen wird!

Ein finanzielles Großprojekt der nächsten Jahre ist das Parkhaus am Bahnhof. Meine Damen und Herren, die Stadt hat in den letzten Jahren immense Summen dafür ausgegeben, innenstadtnahe Parkplätze zu schaffen, sei es am Unteren Brühl oder auch am Sebastiansgraben. Ein Parkhaus für 3,5 Mio € brauchen wir in einer solchen Situation nicht. Nach wie vor bietet der Schießwasen keine 5 Fußminuten vom Bahnhof entfernt

kostenfreie Parkplätze in Hülle und Fülle. Wir **beantragen**, die Mittel dafür aus der Finanzplanung zu streichen.

Meine Damen und Herren, es wäre sehr schön, könnten wir die AOK-Kreuzung endlich zum Kreisel umgestalten. Neudeutsch sagt man dazu ja „Nice to have“. Aber sein muss es definitiv nicht. Dieser Ansatz muss aus unserer Sicht **gestrichen** werden.

Weitere Projekte, die aus unserer Sicht und nach heutiger Einschätzung aus der Finanzplanung **gestrichen** werden müssen, sind die Anschaffung von Tablets für das Gremium in einer Größenordnung von 90 T € sowie die Sanierung des Parkplatzes an der Kastellhalle in Pfahlheim in Höhe von 235 T €.

Meine Damen und Herren, wir GRÜNEN tun uns immer schwer, wenn wir Ausgaben bei den Schulen nicht zustimmen können. Aber bzgl. des Kleinspielfeldes an der Mittelhofschule sind wir nach langer Diskussion zur Auffassung gekommen, auch dies könnten wir uns bei der aktuellen Haushaltslage nicht leisten. Wir **beantragen** deshalb, die eingestellten 150 T € zu streichen.

Herr Oberbürgermeister, in Ihrer Haushaltsrede haben Sie die weitere Steigerung der Verschuldung bis 2019 mit „neuen Maßnahmen“ begründet, „die aus Sachzwängen heraus nicht planbar“ seien. Darunter fällt auch eine „Ertüchtigung der Mittelhofschule“ mit einer knappen Mio €. Hinter dieser Ertüchtigung verbergen sich Brandschutzmaßnahmen am Bestand der Mittelhofschule, die aus unserer Sicht sehr wohl planbar und auch vorhersehbar waren. Es darf nicht mehr passieren, dass die Verwaltung dem Gremium unvermeidbare und vorhersehbare Ausgaben wie diese zumal in dieser Größenordnung nicht im Vorfeld bekannt gibt.

Meine Damen und Herren, es bleiben natürlich noch viele auch freiwillige Investitionen, die wir mittragen. Dazu gehört der Ausbau der Breitbandversorgung insbesondere in den Ortschaften und wir investieren weiter in Kindergärten und Schulen. Eine sehr große Investition in der Ortschaft Pfahlheim – die Sanierung der Kastellschule, welche auch Vereinsräume mit einschließt – haben wir ebenfalls lange diskutiert, uns aber letztendlich für die Realisierung entschieden.

Trotzdem, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren von der Stadtverwaltung, wird eines sehr deutlich: Macht es angesichts der demographischen Entwicklung tatsächlich Sinn, an allen unseren Grundschulstandorten festzuhalten? Sie wissen es: Gerade wir GRÜNE haben in diese Diskussion immer wieder das Motto „Kurze Beine kurze Wege“ eingebracht. Bei der Schulentwicklungsplanung haben wir uns die ganzen letzten Jahre immer um eine entscheidende Frage gedrückt: Können auf Dauer alle Standorte in der Kernstadt und in den Ortschaften nach einer nüchternen und rationalen Abwägung gehalten werden? Müssen wir uns nicht ganz konkrete Gedanken darüber machen? Wir sind der Auffassung, dass eine ehrliche Bestandsaufnahme längst überfällig ist und hoffen, dass wir mit dem in 2017 zu gründenden Schulbeirat hier eine Lösung finden können.

*b. Einnahmeerzielung*

Wichtig ist aus unserer Sicht, auch die Einnahmen so gut es geht zu maximieren. Wir wollen dazu nicht weiter allgemein an der Steuerschraube drehen. Aber es bleibt zu überlegen, ob wir nicht die Vergnügungssteuer noch etwas nach oben anpassen können, zumal das Glücksspiel auch gesellschaftlich deutlich negative Folgen hat. Wir bitten die Verwaltung, uns dazu Vorschläge zu unterbreiten.

Was uns zum Thema Einnahmen doch sehr verwundert hat, Herr Oberbürgermeister, ist Ihre Aussage, „dass wir in der Zukunft verstärkt auf intelligente Förderszenarien zurückgreifen müssen“. Wir waren schon in der Vergangenheit selbstverständlich davon ausgegangen, dass dies eine Maxime im städtischen Verwaltungshandeln ist. Es ist aus unserer Sicht selbstverständlich, dass Fördermöglichkeiten optimal ausgeschöpft werden und Maßnahmen nach Möglichkeit auch verschoben werden, wenn dadurch zusätzliche Gelder erwirtschaftet werden können.

Zur Einnahmeerzielung gehört für uns auch, Vermögensgegenstände, welche die Stadt nicht benötigt, zu veräußern. Eine solche Maßnahme ist für uns der Verkauf des Grundstücks Rubezahlweg 22. Wir sehen keine Notwendigkeit, dieses Gelände wie von der Verwaltung vorgesehen für das HG herzurichten und für ca. 30 T € einen Abbruch zu finanzieren. Wir **beantragen** stattdessen, das Grundstück zu verkaufen und mit den Erlösen das Haushaltsdefizit zu verringern.

#### *c. Laufende Ausgaben verringern*

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wie wir gesehen haben, steigen viele Ausgabeposten an: Der Personalhaushalt nimmt zu, die Energiekosten steigen und wir sehen im neuen Haushaltssystem erstmals in aller Deutlichkeit, zu welchen Ausgaben die Investitionen führen. Deshalb müssen wir sehr achtsam sein, welche zusätzlichen laufenden Kosten wir dem Haushalt noch aufbürden. Wir sagen: So wenige wie möglich. Durch ein konsequentes Energiemanagement müssen wir dafür sorgen, dass der wohl unvermeidliche Preisanstieg in Grenzen gehalten wird. Aber auch wir als Gemeinderäte müssen uns diesem Paradigma anpassen, wenn es z.B. in der Zukunft um eine Erhöhung der Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit geht. Natürlich ist diese in Ellwangen seit vielen Jahren unverändert und zum Teil deutlich geringer als in anderen Kommunen. Das sollte uns aber eher stolz machen, so dass wir dem Reflex widerstehen, uns immer nach oben anpassen zu müssen, sondern im Gegenteil auch Vorbild für finanzielle Bescheidenheit sein können.

Insgesamt wollen wir aber festhalten, dass der Haushaltsplan 2017 bei allen Herausforderungen für die Verwaltung eines ebenso deutlich zeigt: Die Stadt Ellwangen duckt sich nicht weg vor den gewaltigen Aufgaben, die auf sie zukommen, sondern stellt sich ihnen mit einer großen Entschlossenheit. Unsere Fraktion ist dafür bereit. Damit dieses Unterfangen gelingen kann, müssen wir alle sehr diszipliniert vorgehen. Wir benötigen natürlich weiterhin Spielraum für Investitionen, für freiwillige Aufgaben, aber ein Wunschkonzert werden wir nicht veranstalten können. Und wir müssen uns verabschieden von Investitionen, die nach dem Motto „Jetzt sind wir dran!“ getätigt werden, ohne dass eine zwingende Notwendigkeit zu sehen ist.

Wir bedanken uns für Ihre Aufmerksamkeit.